

## Wie käuflich ist Nordrhein-Westfalens Regierung?

Die rot-grüne Regierung von Nordrhein-Westfalen lässt sich – wie schon ihre Vorgänger – Veranstaltungen von Unternehmen bezahlen. Experten sprechen von Korruption.



FOTO: PICTURE ALLIANCE / DPA/DPA

NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD, r.) und Bildungsministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) stoßen am 12. Juli 2010 auf die Unterzeichnung des Koalitionsvertrags an. Rot-Grün löste Mitte Juli 2010 die schwarz-gelbe Regierung um Jürgen Rüttgers (CDU) ab. Seit 2007 haben über 80 Unternehmen die jeweilige Landesregierung mit mehreren Millionen Euro gesponsert

Haben die beiden Sachverhalte wirklich nichts miteinander zu tun? Da ist zum einen ein sattes Sümmchen: Rund 250.000 Euro zahlte der Energiekonzern **RWE** samt seiner Beteiligungsgesellschaft seit 2007 an die Landesregierung in **NRW** – im Rahmen sogenannter Sponsoringmaßnahmen.

Und da ist zum anderen ein massives RWE-Interesse: Als Betreiber von Braunkohlekraftwerken möchte RWE diese im Land weiter bauen und betreiben können. Vor allem die NRW-Grünen taten sich aber lange Zeit schwer, der Braunkohle in NRW eine Zukunft zu geben.

Das hat sich geändert, seit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sich als Anwältin fossiler Kraftwerke profiliert. Ob die finanziellen Zuwendungen von RWE ihr Engagement beflügelt haben?

Letztere Frage ist selbstverständlich eine Unterstellung, führt aber zu der wirklich zentralen Frage: Darf eine Landesregierung auch nur den Verdacht der Käuflichkeit erwecken, indem sie sich die Finanzierung ihrer Veranstaltungen und Projekte gefallen lässt? „Nein“ antwortet eine breite Front von Antikorruptionsexperten.

### Linke will Sponsoring komplett streichen

Im Landtag dagegen wettet einzig die Linke gegen Geldleistungen an Staatskanzlei und Ministerien. Diese Woche forderte sie deshalb, das Sponsoring komplett zu streichen, mindestens aber die bisherige Sponsoringpraxis massiv einzuschränken und scharf zu kontrollieren.

Käme dieser Antrag durch, hätten die Kontrolleure einiges zu tun. Immerhin sponserten über 80 Unternehmen seit 2007 die jeweilige Landesregierung mit mehreren Millionen Euro – und schürten damit bei Skeptikern reichlich Misstrauen.

Doch selbst gegen eine Einschränkung der Sponsoringpraxis formierte sich nun eine breite grün-schwarz-rot-gelbe Front. Alle vier Fraktionen wollen am Sponsoring festhalten, obgleich es der Bundesrechnungshof schon vor einem Jahrzehnt für gefährlich erklärte und Transparency International ebenfalls seit Langem davor warnt.

Die deutsche Sektion der Antikorruptionstreiter ist überzeugt, hinter dem vermeintlich harmlosen Sponsoring verstecke sich in Wirklichkeit immer wieder eine Spende, mit der gezielt Einfluss genommen werden solle.

### Europarat warnt vor Gefahren des Sponsoring

Auch eine Kommission des Europarats klagte schon 2009 über Gefahren des Sponsorings in der Bundesrepublik. Die Experten hatten sich nach Deutschland begeben, um dort vertraulich mit Ministeriumsmitarbeitern, Staatsanwälten und Vertretern von Parlamentsverwaltungen über Spenden und Sponsoring zu plaudern. Anschließend warnten sie, in mehreren Fällen hätten die Insider gestanden, dass mit der Sponsorengabe sehr wohl „eine Gegenleistung“ verbunden gewesen sei.

Diesen Verdacht ignorierte die Bundesregierung seinerzeit geflissentlich, und auch die NRW-Staatskanzlei wies ihn jüngst zurück. Sie parierte die Vorwürfe mit dem Hinweis, das Sponsoring sei „eine seit Jahrzehnten geübte Praxis“ der Bundesländer, „des Bundespräsidenten, der Bundestagsfraktionen und der Botschaften“.

Auch besagte Vier-Fraktionen-Koalition im Landtag folgte diesem Es-war-schon-immer-so-Kurs der Staatskanzlei: Das Thema werde aufgebauscht, hieß es dort, schließlich würde doch keine Regierung beispielsweise ihre Energiepolitik von gesponserten 250.000 Euro abhängig machen.

Mag sein, aber Gegenleistungen könnten ja auch kleiner ausfallen, argumentierte der Linken-Finanzexperte Rüdiger Sagel. Und auch diesem Verdacht leistet die derzeitige Sponsoringpraxis Vorschub.

### **Rewe und Vodafone zahlten Zehntausende Euro**

Ein paar Beispiele: Der Einzelhandelskonzern Rewe ließ dem Land seit 2007 rund 155.000 Euro zufließen, damit es Veranstaltungen wie das „Fest des Westens“ feiern konnte. Wie es der Zufall so wollte, wurde im gleichen Zeitraum im Landtag ein gemeinsamer Auftritt der Familienministerin Ute Schäfer (SPD) mit einem Rewe-Personalchef angesetzt – bei dem die Familienfreundlichkeit des Unternehmens besungen werden sollte.

Auch das Mobilfunkunternehmen Vodafone sponserte die Landesregierung mit rund 100.000 Euro schon zu schwarz-gelben Zeiten. Bald darauf stellte der damalige Integrationsminister Armin Laschet – auch sonst oft mit Vodafone in Kontakt – gemeinsam mit Vodafone-Experten die neuesten Förderprogramme der rechtlich eigenständigen Unternehmensstiftung vor.

Nun mögen sich all diese Ehrungen allein aus der Familienfreundlichkeit der Rewe oder der Brillanz von Vodafone-Geförderten erklären lassen. Doch ein „Geschmäckle“ haftet ihnen nichtsdestoweniger an, mahnt Sagel.

### **Abgeordnete wehren sich gegen den Verdacht**

Auch laut Transparency International (TI) nährt die bestehende Sponsoringpraxis eine Verdachtskultur, was umso ärgerlicher sei, als das Vertrauen der Bürger in die Politik seit Jahrzehnten schrumpfe.

Die übergroße Parlamentsmehrheit – vom Grünen Mehrdad Mostofizadeh bis zum CDU-Finanzpolitiker Christian Weisbrich – wehrte sich dagegen mit dem Argument, die gesponserten Summen würden gut dokumentiert, seien öffentlich einsehbar und damit transparent, was jedem Korruptionsverdacht den Boden entziehe. Und tatsächlich: Ab einer Höhe von 1000 Euro müssen Sponsorenbeiträge samt ihrer Verwendung in einem jährlichen Bericht veröffentlicht werden.

Aber auch diese Praxis findet bei Kritikern keine Gnade. Zum einen schließt auch die Veröffentlichung von Beträgen laut TI nicht aus, dass eine Gegenleistung erbracht wurde. Zum zweiten ist die Öffentlichkeit der Geldflüsse auch nur in engen Grenzen gewährleistet, wie Rüdiger Sagel kritisiert: „Kaum ein Bürger schaut doch auf einer Website nach, ob der neue Sponsoringbericht erschienen ist.“ Wenn überhaupt weiter Sponsorengeld fließe, dann müsse fortan wenigstens der Landtag, also eine breitere Öffentlichkeit darüber unterrichtet werden.

### **Keine Höchstgrenze für Sponsorensummen**

Außerdem bleibt der veröffentlichte Bericht bislang so manche Antwort schuldig, etwa wie groß der Anteil der gesponserten Summe an dem Gesamtpreis der finanzierten Veranstaltung war. So kam erst durch eine kleine Anfrage an die Regierung heraus, dass sie sich ihr Sommerfest 2011 in Berlin zu 100 Prozent von Unternehmern finanzieren ließ.

Missfallen erregt bei TI auch der Umstand, dass es keine verbindliche Höchstgrenze für Sponsorensummen gibt, während die steuerliche Absetzbarkeit gesponserter Summen weitgehend gegeben sei. Damit würden fast verführerische Anreize gesetzt. TI plädiert daher für eine eiserne Höchstgrenze von 50.000 Euro für Sponsoring- und Spendengeld pro Konzern und Jahr, obendrein müsse die Absetzbarkeit eingeschränkt werden.

Ein weiterer Kritikpunkt: Die Sponsoringpraxis verzerrt den Wettbewerb. Wer das Geld für solche Aktionen erübrigen kann, verschafft sich dadurch laut Opposition Vorteile gegenüber der Konkurrenz – mithilfe der Politik. Ein Beispiel: 142.000 Euro zahlte die RWE Netz AG 2010 ans Schulministerium, um eine Berufsberatung für Jugendliche („Kompetenzchecker“ genannt) ins Leben zu rufen. RWE-Ausbilder bringen dort Schülern ab der neunten Klasse bei, wie man sich bewirbt. Als Anschauungsmaterial werden unter anderem Ausbildungsberufe der RWE verwandt.

Dass RWE dabei für sich selbst um geeigneten Nachwuchs werben kann, dürfte von der Konkurrenz als unfreundlicher Akt im Kampf um qualifizierte Auszubildende (Unternehmerdeutsch: „War for Talents“) wahrgenommen werden – auch wenn der „Kompetenzchecker“ von der Stiftung Warentest gelobt wurde.

### **Linke sieht Rufschädigung der Demokratie**

Für die große Mehrheit in den Parlamenten von NRW und den anderen Bundesländern sind solche Fälle von Sponsoring aber eher Geschäfte zum beidseitigen Nutzen als ein Problem. Einzig die Linke möchte den Geldsegen am liebsten ganz unterbinden.

Sie erblickt in der jetzigen Praxis nicht nur eine Rufschädigung der Demokratie, sondern einen handfesten Verstoß gegen das Demokratieprinzip: Immerhin könne ein zu großer Einfluss finanzstarker Sponsoren die Souveränität des Staatsvolkes einschränken.

Von rot-grüner Seite wurde dies aber nicht nur kategorisch bestritten; die NRW-Regierungsfraktionen verwiesen auch darauf, viele Feste und Projekte würden ohne private Sponsoren komplett ausfallen, womit doch niemandem gedient sei. Man brauche die

Sponsoren. Nur: Wenn das Unternehmergegeld wirklich so unverzichtbar ist für eine Landesregierung – ist die Abhängigkeit von den Gönnern dann nicht schon zu groß?